

371/AB XXI.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Pilz, Freundinnen und Freunde haben am 24. Februar 2000 unter der Nr. 391/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Nach Auskunft der Landestourismusorganisationen gibt es bisher keine nachhaltigen Stornierungen im Ferientourismus.

Zu Frage 2:

Die Vertreter der Kongresswirtschaft meldeten bislang nur vereinzelt Absagen im Kongressbereich für den Zeitraum 2000/2001. Da es keine Stornostatistik der letzten Jahre gibt, ist ein Vergleich mit den Vorjahren nicht möglich.

Zu Frage 3:

Wie bereits ausgeführt, liegen bislang nur vereinzelte bzw. keine nachhaltigen Stornierungen vor. Bei drohenden oder tatsächlichen Storni bemühen sich die Reiseveranstalter natürlich um Ersatzgeschäfte; die Bezifferung eines allfälligen Schadens ist nicht möglich.

Zu Frage 4:

Fremdenverkehrsbetriebe (Hotellerie, Gastronomie, touristische Infrastrukturunternehmen und Seilbahngesellschaften) mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten können unter den in den einschlägigen Richtlinien angeführten Voraussetzungen im Rahmen der im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit von der Österreichischen Hotel - und Tourismusbank GesmbH gesteuerten Förderungsaktion „IOP - Tourismus - Förderung 2000 - 2006“, Teil D: „TOP - Restruktionierungsmaßnahmen“ unterstützt werden. Um wirtschaftliche Probleme bei Kongressen abzufedern, beabsichtigt der Bundesminister für

Wirtschaft und Arbeit, die Initiative zu ergreifen und eine Haftungsübernahme vorzunehmen.

Zu Fragen 5 bis 7:

Es sind vereinzelte Stornierungen von Aufträgen bekannt. Eine Existenzgefährdung von Betrieben oder ein Personalabbau als Folge der Regierungsbildung ist nicht festzustellen.

Festzustellen ist jedoch, dass zahlreiche - große internationale - Unternehmen Österreich als Wirtschaftsstandort schätzen und daher große Investitionen planen und durchführen. So haben im Februar verschiedene Firmen konkrete Investitionsvorhaben in Österreich gemeldet, die ich hier auszugsweise anführe: Daimler - Chrysler will an die Steyr - Fahrzeugtechnik Aufträge von ca. 50 Mrd. ATS innerhalb von 10 Jahren vergeben.

Siemens plant die Investitionen auf 4,2 Mrd. ATS zu steigern.

Magna plant ein Gesamtinvestitionsvolumen für das Jahr 2000 von 2,5 Mrd. ATS.

VW erwartet für 2000 ein Investitionsvolumen im Ausmaß des Jahres 1999 von ca. 1 Mrd. DM.

MAN plant Investitionen von 1,5 Mrd. ATS zur Verlegung der Leicht - LKW - Produktion nach Steyr.

Bombardier Rotax investiert 1,5 Mrd. ATS in die Entwicklung einer neuen Motorengeneration.

BMW beabsichtigt in den kommenden zwei Jahren eine Mrd. ATS in den Ausbau des Werks Steyr zu investieren.

Opel Austria wird 760 Mio ATS in den Ausbau der Produktionskapazitäten investieren.

Philips wird in Lebring 450 Mio ATS in den Ausbau der Computer - Monitorröhren - Produktion investieren.

Der niederländische Chemiekonzern DSM investiert heuer und 2001 ca. 1,3 Mrd. ATS in neue Produktionsanlagen in Oberösterreich investieren.

Darüberhinaus wählen Konzerne wie Coca Cola oder Ford Österreich als zentralen Standort für die Betreuung von osteuropäischen Ländern.

Der Vollständigkeit halber wird auch auf die vorläufigen Arbeitsmarktdaten für den März 2000 verwiesen, die einen neuerlichen Anstieg der Beschäftigung (ohne geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) um 28.114 ausweisen. Die Zahl der Arbeitslosen gingen dementsprechend im Vergleich zum Vorjahr um 12,7% zurück, bei Frauen sogar um beachtliche 15,3%. Diese Zahlen belegen, dass Arbeitsplätze nicht gefährdet sind, sondern geschaffen werden.

Zu Frage 8:

Derzeit sind keine Ausladungen touristischer Unternehmen von internationalen Messen und ähnlichen Veranstaltungen bekannt.

Die Ausladung der Österreich Werbung von der Tourismus Messe „Salon des Vacances“ in Brüssel wurde nach Initiativen Österreichs und Gesprächen der Österreich Werbung mit dem Messeveranstalter zurückgenommen. Die Österreich

Werbung stieß sowohl bei der Internationalen Tourismusbörse als auch bei der Brüsseler Tourismusmesse auf großes Publikumsinteresse.

Zu Frage 9:

Gemäß dem in parlamentarischer Behandlung stehenden Entwurf des ÖIAG - Gesetzes 2000 hat die ÖIAG in Erfüllung des von der Bundesregierung beschlossenen Privatisierungsauftrages nach dem pflichtgemäßen Ermessen ihrer Organe zu entscheiden, wann und in welchem Umfang Privatisierungen erfolgen. Die ÖIAG hat dabei im Interesse der Bevölkerung und der jeweiligen Unternehmen unter Wahrung österreichischer Interessen und der Interessen der österreichischen Wirtschaft vorzugehen.

Die ÖIAG hat in der Vergangenheit gemäß den Marktbedingungen Beteiligungsverkäufe an nationale und internationale Investoren erfolgreich durchgeführt und wird auch in Zukunft gemäß dem zitierten Gesetzesauftrag die weiteren Beteiligungsabgaben entsprechend den Marktbedingungen und im Interesse der bestehenden Aktionäre durchführen.

Zu Frage 10:

Entwicklungen des Kurswertes börsenorientierter Unternehmungen sind je nach Wahl der Stichtage unterschiedlich zu beurteilen. Mit der Bestellung eines neuen Aufsichtsrates, der politisch unabhängig und mit internationalen Führungskräften besetzt ist, bestehen optimale Voraussetzungen, das Vertrauen der Investoren zu stärken und zu gewinnen.

Zu Frage 12 bis 14:

Grundsätzlich möchte ich auf meine Beantwortung der Dringlichen Anfrage 322/J in der Sitzung des Nationalrates am 8. Februar 2000 verweisen, in der ich an meiner Haltung keinerlei Zweifel gelassen habe.

Des Weiteren verweise ich auf die Präambel des Regierungsprogrammes „Verantwortung für Österreich - Zukunft im Herzen Europas“, welche als Teil des Regierungsprogramms die Grundlage für die Arbeit der beiden an der Regierung beteiligten Parteien ist.

Zu den Fragen 11, 15 bis 26:

Die Frage der Regierungsbildung in Österreich ist eine innere Angelegenheit Österreichs, in der keine Konsultationen anderer Staaten vorgesehen und notwendig sind. Zur Frage der Kontakte mit ausländischen Regierungen bzw. des Informationsstandes über die geplanten Maßnahmen habe ich am 8. und 9. Februar im Nationalrat ausführlich Stellung genommen, und darf daher auf die stenographischen Protokolle der beiden Sitzungen verweisen.

Eine Weisung an Beamte „in den EU - Staaten für die Regierungsbildung um Verständnis zu werben“ hat es nicht gegeben.

Zu den Fragen 27 und 28:

Am Vormittag des 31. Jänner sagte der portugiesische Staatssekretär im Außenministerium Seixas da Costa sein mit Staatssekretärin Dr. FERRERO - WALDNER geplantes Treffen in Wien kurzfristig ab.

Ferner wurde der für 1. bis 3. März geplante Staatsbesuch des portugiesischen Staatspräsidenten Sampaio verschoben.

Der Minister für Außenhandel der Regierung der flämischen Gemeinschaft, Johan Sauwens, hat seinen für 15. März geplanten Besuch in Wien abgesagt. Ein Zusammentreffen mit Mitgliedern der Bundesregierung war aber nicht in Aussicht genommen.

Ein Treffen mit Italien auf Ebene der Staatssekretäre war für etwa März dieses Jahres geplant. Dieses Treffen wurde einvernehmlich verschoben.

Zu Frage 29:

Bundesministerin Dr. Ferrero - Waldner und ich selbst haben daher bereits in vielen persönlichen Gesprächen mit Regierungschefs und Außenministern der EU eingehend das Regierungsprogramm und die künftige Europapolitik, insbesondere die österreichische Haltung zur Erweiterung der EU, dargelegt.

Ich habe während des Zusammentreffens mit dem EU - Ratsvorsitzenden PM Guterres in Brüssel und ebenso im Rahmen der Außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates in Lissabon am 23./24. März 2000 den Standpunkt Österreichs eingehend erläutert; ich habe darauf hingewiesen, dass die Sanktionen der 14 gegen Österreich jeder rechtlichen Basis entbehren und deren Rücknahme gefordert.

Die Aufhebung der Sanktionen lässt sich nicht durch das Instrumentarium der Verhandlung erwirken. Es gilt vor allem, Überzeugungsarbeit zu leisten, die Leistungen der Regierung darzustellen und dort, wo es zu Verletzungen der Rechte Österreichs oder zu Benachteiligungen von österreichischen Staatsbürgern und Firmen kommt, entschieden einzuschreiten.

Darüberhinaus ist im Sinne einer raschen Klärung der Situation eine geschlossene Vorgangsweise Österreichs gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten wünschenswert. Aus diesem Grunde habe ich - gemeinsam mit der Frau Vizekanzler - das Gespräch mit den Vorsitzenden der beiden Oppositionsparteien gesucht und eine solche gemeinsame Vorgangsweise vorgeschlagen. Ich hoffe, dass sich alle im Parlament vertretenen Parteien - auch im Sinne eines Wunsches der großen Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher - doch auf eine solche gemeinsame Vorgangsweise mit dem Ziel der Aufhebung der Maßnahmen verständigen.

Zu Frage 30:

SACEUR General Clarc hätte am 4. Februar 2000 in Wien mit dem Generaltruppeninspektor General Pleiner zu Gesprächen auf militärischer Ebene zusammentreffen sollen, wobei auch kurze Höflichkeitsbesuche beim Bundesminister für Landesverteidigung und bei mir selbst in meiner Funktion als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten vorgesehen waren. Die Durchführung dieser beiden

Treffen wäre allerdings wegen deren zeitlicher Überschneidung mit der Angelobung der neuen Bundesregierung ohnehin nur sehr schwer möglich gewesen.

In einem an den Generaltruppeninspektor gerichteten Schreiben bedauerte General Clarc, den Besuch aus terminlichen Gründen verschieben zu müssen und hob die hohe Qualität der Arbeitsbeziehungen zu Österreich hervor. Auf beiden Seiten besteht die Absicht, den Besuch nachzuholen.

Die Beziehungen Österreichs zur NATO sind von den Maßnahmen der 14 nicht betroffen. So hat die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten in ihrer Eigenschaft als OSZE Chair in Office am 20. März 2000 Generalsekretär Lord Robertson zu einem sehr konstruktiven Gespräch getroffen. Sowohl im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat als auch im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden funktioniert die Zusammenarbeit Österreichs mit der NATO und den Partnern reibungslos.

Zu den Fragen 31 bis 35:

Wie ich bereits in Beantwortung der Dringlichen Anfrage 322/J in der Sitzung des Nationalrates am 8. Februar 2000 ausgeführt habe, habe ich mich bei derartigen Bewertungen extrem zurückgehalten und ich bin selbstverständlich nicht der Meinung, dass sich Jacques Chirac oder Jose Maria Aznar von der österreichischen Sozialdemokratie steuern lassen. Ich habe auch den Stil der Angriffe auf Jacques Chirac und die Kritik an der belgischen Regierung verurteilt und öffentlich zurückgewiesen.

Zu den Fragen 36 und 37:

Durch ihre Unterschriften und besonders aber durch die bisher von der Regierung geleistete Arbeit haben beide Regierungsparteien bewiesen, dass sie die gemeinsame Arbeitsgrundlage ernst nehmen und diese durch konkrete Taten umsetzen. Ich bin der Auffassung, dass die Regierung daher an ihrer konkreten Arbeit gemessen werden soll.

Zu Frage 38:

Wie ich schon in der Beantwortung der Dringlichen Anfrage 322/J am 8. Februar d. J. im Nationalrat ausgeführt habe, ist die Funktion des Bundeskanzlers keinerlei Schaden für Österreich wert. Ich werde dieses Amt daher mit Besonnenheit und Bedacht so ausüben, dass Österreich keinen Schaden nimmt.

Zu den Fragen 39 und 40:

Ich habe den Nationalrat weder fehlinformiert noch getäuscht.